

„Kultur soll Ausdruck unserer Freiheit sein“

Udo Bartsch

Im Herbst 1989 erzwang das Volk der DDR spontan den politischen Umbruch – auf der Straße, in Kirchen, durch den nicht enden wollenden Exodus Tausender junger Menschen. Das in der Öffentlichkeit gepflegte optimistische Gegenbild zur bürgerlichen Welt, die angebliche Einheit von Partei, Staat und Volk, von Geist und Macht, von stetem wirtschaftlichen Wachstum, sozialer Geborgenheit, individueller Entfaltung, zerschloss im Erleben der Krise des „real existierenden Sozialismus“, um als Lügengengebilde aus Schönfärberei und inszeniertem Jubel weltöffentlich zu werden.

Dennoch war der Glaube an die Reformierbarkeit des „Sozialismus“ verbreitet, ebenso die Erwartung, in einem souveränen Staat DDR in Frieden, Freiheit, Demokratie und Solidarität leben zu können. Der politische Wille ersetzte die fehlenden Konzepte und Programme für den demokratischen Neubeginn. Die Hoffnung, dass es aus eigener Kraft gelingen möge, einte die Aktivisten der politischen Wende, Bürgerrechtler, Künstler, Literaten, Intellektuelle mit den Hunderttausenden von Teilnehmern an den „Montagsdemonstrationen“ unter dem Motto „Wir sind das Volk!“.

Die „friedliche Revolution“: Der Anfang vom unvollendeten Ende

Dem stand die Macht des Faktischen gegenüber. Vierzig Jahre uneingeschränkter Herrschaft einer Partei, ihres Staates und Repressionsapparates lasteten wie ein Alb auf dem Lande, im Denken und

Verhalten der Menschen. Noch ging das Gespenst der Angst um, das vierzig Jahre disziplinierte. Das alte Regime hatte das Land so gründlich heruntergewirtschaftet, dass es im Chaos zu versinken drohte. Galoppierender Verfall der Volkswirtschaft und der Finanzen, soziale Unruhe, die sich in täglichen Demonstrationen vor dem Haus des Ministerrates entlud, die immer schwerer zu beherrschenden Verhältnisse des Lebens, die Furcht vor einer revitalisierten Staatssicherheit und die Präsenz der mächtigen Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte im Lande führten zu einer brisanten politischen Situation.

Sie beförderte den rasch fortschreitenden Prozess der Desillusionierung von der Reformierbarkeit dessen, was Sozialismus genannt wurde. Zugleich schwand die Zuversicht, mit politischen Wendehälsen und sich demokratisch gebärdenden Künstlern und Intellektuellen einen Neuanfang zu wagen.

Im Kontext zu den kräftiger werdenden Demokratiebewegungen in den osteuropäischen Ländern und dem Zusammenbruch von deren diktatorischen Regimes dämmerte die Gewissheit herauf von der historischen Niederlage des „realen Sozialismus“ und seiner Ideologie. Der Prozess der politischen Wende in der DDR schlägt um in eine neue Qualität der Entwicklung mit dem Ruf der Hunderttausenden auf den Demonstrationen im Lande: „Wir sind ein Volk!“

Namhafte Schriftsteller, Intellektuelle und Künstler trennten sich jetzt vom

Hauptstrom der Entwicklung, der rasch aus den Verhältnissen der kollabierenden DDR heraus in die staatliche Einheit der Deutschen drängte. Die dünne Decke der Notgemeinschaft zwischen dem Volk und seinen Künstlern zerriss und offenbarte das neue Elend der Intellektuellen, wie Monika Maron den tiefen Abgrund zwischen ihnen und dem Volk nannte.

Die Geschichte würdigt heute zu Recht den politischen und gesellschaftlichen Umbruch in der DDR als „friedliche Revolution“. Die Manifestationen des zivilen Ungehorsams und des Zorns gegen das SED-Regime und seinen Repressionsapparat waren von einer Haltung der Besonnenheit und der Vernunft getragen, die im Ruf „Keine Gewalt“ ihren sinnträchtigen Ausdruck fand und nicht im „Ça'ira“, das mit Radikalität und Vergeltung andere Umstürze in der Geschichte begleitete.

Die Überwindung des alten Regimes blieb unvollendet. Zur Dialektik des Geschehens zählen absurde Situationen bei der Ausgestaltung der soeben gewonnenen demokratischen Freiheiten in der DDR. So verließ der letzte SED-Minister für Kultur nach dem Wahlsieg der demokratischen Kräfte im 1989 fluchtartig seinen Dienstplatz, um wenige Zeit später demokratisch-sozialistisch gewendet im Auftrag der Volkskammer die Arbeit der neuen demokratisch legitimierten Leitung des Ministeriums für Kultur zu kontrollieren.

Zwischen Umbruch und Einheit: Kulturpolitik für den Neubeginn

Für eine Kulturpolitik des demokratischen Neubeginns gab es weder den geistig-konzeptionellen Vorlauf noch das ausgearbeitete Programm des Handelns, sieht man von ersten Positionsbestimmungen an den „Runden Tischen“ und im Wahlkampf zu den ersten demokratischen Wahlen am 18. März 1989 einmal ab. Die rasante, dem Kollaps entgegen-

treibende Entwicklung in der DDR ließ dafür weder Zeit noch Raum. Im alltäglichen Handeln, in den notwendigen Entscheidungen und den vorausgehenden Findungsprozessen mussten sich Neues, Alternatives und ein gewisses Maß an Kontinuität ausformen. Das Leben selbst in seiner Dramatik gab hier Handlungsrahmen und Orientierungen vor. Herausforderungen, Zwänge und Zielsetzungen des demokratischen Umbruchs in Kultur und Kunst generierten Eckpunkte einer Kulturpolitik, die auf vier Jahre Regierungszeit ausgelegt war, sich praktisch jedoch im kurzen Zeitraum von 1990 bis 1991 zu bewähren hatte.

Hervorzuheben sind hier einerseits enorme materielle Probleme der künstlerischen Produktion und Aufführungspraxis durch die Umstellung auf die D-Mark, finanzielle Schwierigkeiten bei der Pflege und Konservierung von Kulturgut, der Verlust von Aufträgen und die gefährdete Lebenshaltung zahlreicher Künstler durch den Wegfall der alten Fördersysteme, zwiespältige Erfahrungen mit der Kunstfreundlichkeit marktwirtschaftlicher Verhältnisse und nicht zuletzt Hoffnungen und Erwartungen der Bürger an die Erhaltung der Kulturlandschaft und des geistig-kulturellen Lebens.

Zum anderen stand die Negation dessen auf der Tagesordnung, was das Parteiregime der SED zu seiner ideologischen Legitimation und politischen Herrschaftsausübung in der Sphäre von Kultur und Kunst hervorgebracht hatte. Unverzüglich galt es, den Missbrauch der Kunst für Indoktrination und Parteipropaganda zu beenden und seine Auswirkungen zu überwinden. Der Auslieferung des Kulturbetriebs an den Funktionsapparat der politischen Verwaltungen und Verbände sollten kompromisslos und endgültig die Grundlagen entzogen werden.

Die Demokratisierung der Verhältnisse voranzutreiben verlangte des Wei-



Aufbau von mehr als 1000 überdimensionalen bemalten Dominosteinen – gestaltet von Künstlern aus aller Welt und Schülern aus Berlin – am ehemaligen Grenzstreifen in Berlin-Mitte. Mit einer spektakulären Aktion am 9. November 2009 fiel die Berliner Mauer symbolisch zwischen Potsdamer Platz und Reichstag erneut.
© picture-alliance/Eventpress, Foto: Eventpress Hoensch

teren, die zentralistischen Strukturen des Systems der staatlichen Leitung und Kulturverwaltung zu entflechten und aufzulösen zugunsten einer föderal geprägten Kulturlandschaft in der Verantwortung der neuen Bundesländer. Die Aufgabe bestand insbesondere darin, die zweiundzwanzigtausend kulturell-künstlerischen Einrichtungen, die das Ministerium für Kultur verwaltete, nach dem Sitzland-Prinzip in die Obhut der neuen Bundesländer überzuleiten, in ausgewählten Fällen mit Dossiers versehen über den Zustand und die Möglichkeiten künftiger Finanzierung.

Mit dem massenhaften Ruf der Demonstranten „Wir sind ein Volk!“ kündigte sich eine neue Qualität im Prozess des politischen Umbruchs in der DDR an. Diese Entwicklung war gekennzeichnet vom raschen Drängen der Menschen in die staatliche Einheit der Deutschen, um die soeben gewonnenen demokratischen Freiheiten bewahren zu können, für Rechtssicherheit, gegen die weitere Aus-

plünderung von Lebenszeit und praktische Verbesserung des Lebens.

Kulturpolitisch verantwortliches Handeln bedeutete in dieser Situation, für Verhandlungen zur Wiedervereinigung gerüstet und auf gravierende Veränderungen nach der politischen Einheit vorbereitet zu sein.

Es bestand unter den politisch Verantwortlichen ein weitgehender Konsens darüber, auf dem Weg zur staatlichen Einheit in keiner Phase den Untergang der tradierten Kulturlandschaft betreiben zu wollen, um aus den Trümmern die Kopie des Kulturbetriebes der alten Bundesrepublik erstehen zu lassen. Eine hastig zusammengeschusterte Einheitskultur konnte nicht das Ziel von mehr geistiger und mentaler Freiheit sein. Im Blickpunkt auf die zu erwartende Einheit standen *erstens* Übergangslösungen, die eine möglichst rasche Harmonisierung der Unterschiede in den Rahmenbedingungen von Kultur und Kunst gewährleisten sollten. Hier sei hingewiesen auf die Anpassung

von unterschiedlichen Tarifsystemen des Kulturbetriebes in Ost und West, auf gänzlich anders strukturierte Fördersysteme und die Angleichung des Niveaus in den technischen Ausrüstungen des kulturell-künstlerischen Betriebes.

Zweitens, die in der Geschichte gewachsene Kulturlandschaft in Ostdeutschland mit ihren Einrichtungen, Bauten und Kunstwerken von nationalem und internationalem Rang galt es unbedingt zu erhalten, Schaden von ihnen abzuwenden und den Sparzwängen weitgehend zu entziehen.

Würde es gelingen, eine Politik, die auf die Zerschlagung des kulturpolitischen Machtapparates der SED und die Überwindung seines administrativen Zentralismus gerichtet war, mit dem alten Apparat durchzusetzen? Würde er sich gegen sich selbst formieren lassen? Oder positiv gewendet – gab es Chancen, das Ministerium für Kultur zu einem Instrument des kulturpolitischen Handelns für den demokratischen Neubeginn umzuformen, leistungstark und zuverlässig, dem Weg in die deutsche Einheit verpflichtet – und wenn ja, wo lagen sie?

Hier waren „konzeptive Ideologen“ am Werke, Parteikader mit einem klaren Feindbild im Kopf und ausgeprägt dirigistischen Arbeitsweisen und -methoden zur Durchsetzung des Indoktrinationsauftrages der SED. Sie dienten der Partei mit Hingabe, um den „neuen Menschen“ zu formen und der „sozialistischen Lebensweise“ Gestalt zu verleihen. Die Erfüllung ihrer Weisungen und Ziele bedeutete ihnen eine Angelegenheit von Herz und Verstand. Sollte für die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ die tägliche Begegnung am Arbeitsplatz mit der eigenen Lebenslüge optimistisch und produktiv zu wenden sein?

In den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung nach den ersten demokratischen Wahlen in der DDR fiel wider Erwarten das Ressort Kultur an die

CDU. Lothar de Maizière hatte beharrlich darauf bestanden. Nach Kenntnis der Lage räumten die Führungskader von einst fluchtartig das Feld. Der Bruch mit der Vergangenheit des Kulturministeriums, die Diskontinuität der Entwicklung, schien auf dieser politischen Ebene vollzogen.

Die Mehrheit der Mitarbeiter des Ministeriums verhielt sich der neuen politischen Leitung gegenüber distanziert und reagierte auf ihre Absichten und Ziele abwartend, auf Zeit setzend, andere hingegen zeigten ihre ablehnende Haltung offen oder im versteckten Widerstand, manche mit subversiven Absichten, wie sich zeigen sollte.

Die neue Leitung des Ministeriums empfahl sich den Mitarbeitern nicht als Racheengel. Jedem Bediensteten, der guten Willens und bereit war, sich mit Kompetenz und Loyalität in den Dienst der neuen Kulturpolitik zu stellen, sollte die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt und das weitere Verbleiben im Ministerium in Aussicht gestellt werden. Vorausgesetzt waren keine Verstrickung mit dem MfS und keine Beteiligung an Willkürmaßnahmen im Bereich von Kultur und Kunst, Literatur und Film.

Beharren auf der kulturpolitischen Dimension der Einheit

Die Kulturlandschaften im Osten, der Reichtum des kulturellen Erbes, die hohe Wertschätzung von Kultur und Kunst als Lebensbedürfnis zahlreicher Menschen und als unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Neugestaltung der DDR per se überzeugten zunächst nicht, für die Einheit Deutschlands verhandelt zu werden. Unterschiedliche Interessen und Widerstände auf bundesdeutscher Seite standen dem entgegen. Gewiss beförderte die Vorstellung, dass der Bund die Kultur verhandeln und dabei Kompetenzen gewinnen könnte, den latenten Argwohn der alten Bundesländer, ihr letztes

Refugium politischen Gestaltens, die Kulturhoheit, würde angetastet. Andererseits galt ihnen das kulturpolitische Handeln des Bundes ohnehin nur als eine „taube Blüte“, weil ihm die grundgesetzliche Legitimation fehle.

Das letztendliche Votum für die Kultur im Einigungsvertrag kann in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden, trug es doch einem umfassenden, komplexen Verständnis von dem Rechnung, was zusammenkommen sollte. Damit veränderte sich grundlegend der Charakter der Übereinkunft zur Einheit Deutschlands.

Bemerkenswert nimmt sich im Einigungsvertrag das Faktum aus, dass einzig der Artikel 35 „Kultur“ mit einer Erklärung eröffnet wird, der sogenannten Kulturklausel:

„In den Jahren der Teilung waren Kultur und Kunst – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der Nation. Sie leisteten im Prozess der staatlichen Einheit der Deutschen auf dem Wege zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag. Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschland in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab [...].“

Die exklusive Gestaltung des Artikels 35 „Kultur“ liegt in der Tatsache begründet, dass der Einigungsvertrag sich ausschließlich an dieser Stelle den Folgen der Teilung in der geistigen Welt der Menschen, in ihren Denkweisen und Empfindungen, in ihrer Subjektivität zuwendet und Wege für ihre Überwindung aufweist.

Fasst man die verstreuten partiellen Antworten auf die „kulturelle Substanz“ zusammen, erschließt sich näherungsweise das Bild von einer kräftigen Strömung kulturellen Traditionen verpflichteten Verhaltens, die Ost und West mit-

einander verbindet und in den Jahren der Teilung die fortbestehende Einheit der Nation begründeten. Dieses kulturelle Verhalten lebte aus der hohen Wertschätzung des Erbes von Literatur und Kunst, der Botschaften der deutschen Klassik und aus einem aktiven Umgang mit den traditionellen kulturellen Einrichtungen.

Hier setzen die Intentionen der Verhandlungspartner im Einigungsvertrag an, wenn sie Kunst und Kultur als eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation reklamieren. Sie waren überzeugt, dass jenes wieder ins geeinte Deutschland zurückkehrende kulturelle Erbe Anteil haben würde, dominierende Probleme geistiger Integration im Vereinigungsprozess zu lösen. Deshalb sollte wieder zusammenkommen, was durch Sprache, Geschichte und Kultur zusammengehörte.

Geordnet in die Einheit – Gerüstet für die Zukunft?

Mit dem Tag der Deutschen Einheit drohte der Zusammenbruch des Kulturbetriebes in der ehemaligen DDR, der durch die kulturpolitische Strategie eines „finanzierten Zeitgewinns“ abgewendet werden konnte. Die Träger und Betreiber des alten Kulturbetriebes, die Staatsmacht selbst und ihre Gliederungen, das Ministerium für Kultur, Wirtschaftsbetriebe, politische Parteien und sogenannte Massenorganisationen, zerbrachen und versanken mit dem Untergang der DDR. Schlagartig hörte das in vierzig Jahren aufgebaute Subventionierungs-, Förder- und gewiss auch Wohlverhalten gratifizierende System in Kultur und Kunst auf zu existieren, für das jährlich ungefähr 2,3 Milliarden Mark aufgebracht wurden. Jeder Künstler kannte sich in diesem System aus. Man wusste, wo der Finanztopf stand und was als Gegenleistung erwartet wurde. Das System alimentierte seine Künstler und Kulturschaffenden nicht uneigennützig. Sich

nicht zu verkaufen, etwas Sinnvolles abzuliefern und sein Leben zu machen war damit jeder künstlerischen Arbeit in der DDR als moralische Herausforderung unterlegt. Die Mehrzahl der fünfzehntausend freischaffenden Künstler der untergegangenen DDR war nun im geeinten Deutschland frei in ihrer Kunstausübung, frei vom Indoktrinationsauftrag der SED, aber zunächst auch frei von gestalterischen Aufträgen und Existenzmitteln für die Lebenshaltung. Oft befanden sie sich nicht einmal im Status eines Arbeitslosen, sondern fanden sich gleich herabgewürdigt als Empfänger von Sozialhilfe. Eine unerträgliche Last auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands und eine kulturpolitische Aufgabe ersten Ranges. Der freischaffende Künstler in den neuen Bundesländern durfte nicht als Verlierer aus der Einheit hervorgehen.

Heute ist bekannt, dass die Rahmenbedingungen für Kultur und Kunst in der DDR von geborgtem Glanze waren. Die jährlich ausgereichten Milliarden vermochten lediglich den Kulturbetrieb aufrechtzuerhalten. Der immer dringlicher werdende Investitions- und Modernisierungsbedarf konnte immer weniger oder gar nicht abgedeckt werden. Noch in der Modrow-Zeit fanden Gutachter des Ministeriums für Kultur heraus, dass im gerühmten „Leseland DDR“ das Bibliothekswesen technisch vor dem Zusammenbruch stand und Kunstwerke, außenpolitischer Vorzeigezwecke wegen, konservatorisch kaum noch zu retten waren: bedrückende Altlasten der SED-Kulturpolitik, die im Verbund mit Umstellungsschwierigkeiten bei der Wirtschafts- und Währungsunion zu ersten Erscheinungen des Zusammenbruchs im Kulturbetrieb führten. Noch im Monat der Einheit, im Oktober 1990, meldeten sechszwanzig Theater in den neuen Bundesländern die Einstellung der Spieltätigkeit an, weil zehn Millionen D-Mark bis zum Ende des Jahres fehlten.

Gestiegene Fixkosten, wachsende Personalausgaben, unabwendbare Reparatur- und Sicherungsleistungen führten dazu, dass die etatisierten Finanzmittel nicht mehr ausreichten. Hier war der Kulturstaat geeintes Deutschland herausgefordert, hier musste umgehend gehandelt werden. In einer „Feuerwehraktion“ stellte die Bundesregierung auf unbürokratische Weise für den Zeitraum bis zum Jahresende 1990 rund fünfzehn Millionen D-Mark für die elementare Absicherung des Kulturbetriebes zur Verfügung. Die für 1991 vom Bund zusätzlich bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von sechshundert Millionen D-Mark für die Erhaltung „kultureller Substanz“, dreihundert Millionen D-Mark für kommunale kulturelle Infrastruktur, zweihundertzwanzig Millionen D-Mark für die Denkmalpflege und achtzehn Millionen D-Mark zur Minderung von kulturellen Teilungsfolgen, konturieren die Strategie des „finanziellen Zeitgewinns“ für den Neuanfang. Hier ist durch das rasche pragmatische Handeln der Bundesregierung der Artikel 35 „Kultur“ des Einigungsvertrages mit Leben erfüllt worden.

Mit mehr als einer Milliarde D-Mark zusätzlich bereitgestellter Finanzierungsmittel für den Erhalt von „kultureller Substanz“ und von Soziokultur in den Städten und Gemeinden hatte sich der Kulturstaat geeintes Deutschland in die Pflicht genommen. Im Ergebnis konnten wir im Sommer 1991 konstatieren, dass alle Einrichtungen der Kunst und Kultur von nationalem und internationalem Rang materiell aufgefangen und vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden. Es war der Mut gewachsen, langfristige künstlerische Produktionen aufzunehmen, aus der Erfahrung und dem Vertrauen heraus, dass die neuen Bundesländer und der Bund für die Pflichten, die ihnen aus der Kulturklausel des Einigungsvertrages erwachsen, einstehen.